

Räte tauschen sich mit Awo zur Umtauschaktion aus

Die Backnanger CDU-Fraktion spricht mit den Initiatoren einer Aktion, bei der Geflüchtete Gutscheine gegen Bargeld tauschen konnten.

VON CAROLIN AICHHOLZ

BACKNANG. Eine Anfrage der CDU-Fraktion im Backnanger Gemeinderat hat im vergangenen Jahr einen Stein ins Rollen gebracht, den Fraktionsvorsitzende Ute Ulfert im Nachhinein lieber lautloser angestoßen hätte. Der Grund: In den Räumen der Arbeiterwohlfahrt (Awo) in Backnang hatten Engagierte im September vergangenen Jahres eine Tauschaktion veranstaltet, die für Diskussionen sorgte (wir berichteten). Dabei konnten Geflüchtete mit ihrer Bezahlkarte, auf die das Landratsamt ihre Sozialleistungen bucht, Lebensmittel- oder Drogeriegutscheine in Supermärkten kaufen. Sie bekamen den entsprechenden Betrag bar ausgezahlt, die Gutscheine wurden verkauft.

Im Backnanger Gemeinderat war die Aktion umstritten: Man heble damit den vom Gesetzgeber zugedachten Zweck der Bezahlkarte aus, mit der Überweisungen ins Ausland verhindert werden sollen. Die Verantwortlichen nahmen dazu Stellung, der Brief wurde in der Gemeinderatssitzung verlesen. Darin bezeichneten sie die Aktion als „Akt des zivilen Ungehorsams“.

Die CDU-Fraktion suchte das Gespräch. „Es ging uns immer darum, miteinander statt übereinander zu sprechen. Wir wollten

auch die Position der Awo verstehen“, erklärt die Fraktionssprecherin der Backnanger CDU, Ute Ulfert. Fast geschlossen sei die Fraktion zum Gespräch gegangen, die Initiatoren der Aktion standen den Räten Rede und Antwort, der Awo-Kreisvorstand war zudem beim Gespräch dabei.

„Es war ein konstruktives und gutes Gespräch“, resümierte Ute Ulfert. Sie könne es nachvollziehen, wenn Geflüchtete Bargeld bräuchten, um in Secondhandläden einzukaufen, wo ein Einkauf per Bezahlkarte nicht möglich sei. Das funktioniert aktuell nämlich nur bei den Discontnern Aldi, Lidl sowie bei der Drogeriekette dm.

Stadtverwaltung lobt die Bezahlkarte

„Uns wurde versichert, dass es sich bei den Umtauschaktionen nur um Kleinstbeträge jeweils bis etwa 60 Euro handle“, erinnert sich Ulfert. Auch das habe die Gemeinderäte beschwichtigt. Das Argument, die Kinder hätten nicht genügend Bargeld für einen Straßenfest-Besuch, das in der Stellungnahme im Gemeinderat genannt wurde, sieht sie hingegen kritischer. „Es ist auch bei vielen anderen Familien der Fall, dass die 20 Euro fehlen, mit denen das Kind gerne Riesenrad fahren oder Süßigkeiten haben möchte.“ Allerdings war es der Fraktion

auch wichtig, klar zu benennen, dass sie nicht damit einverstanden sei, wenn der Wille des Gesetzgebers durch einen Trick umgangen werde. „Da haben wir klar gesagt, dass wir eher nicht auf einen Nenner kommen.“ Dennoch ist Ulfert mit dem Verlauf des „vernünftigen Gesprächs“ durchaus zufrieden. „Es war uns wichtig, etwas über die Arbeit der Awo zu erfahren und über die Probleme, denen sie sich bei ihrer Arbeit gegenüber sieht.“

Dass die Debatte um die Aktion auf unangenehme Art und Weise hochgekocht sei, hätte Fraktionssprecherin Ulfert gerne verhindert. „Wir möchten nicht denen in die Karten spielen, die diese Situation anders nutzen“, so die Stadträtin.

Zwischen Oberbürgermeister Maximilian Friedrich und der Awo haben keine Gespräche stattgefunden, wie seine persönliche Referentin Melanie Schuler verlauten lässt. Aus Sicht der Stadtverwaltung bestand kein Klärungsbedarf. Friedrich würdige das Engagement der Awo insgesamt sowie der Ortsgruppe Backnang. Die Position der Stadt zur Gutscheinkarte bleibe dennoch unverändert. „Wir halten sie in mehrfacher Hinsicht für falsch“, so Schuler. Dennoch seien der Stadtverwaltung in dieser Situation die Hände gebunden. Nach wie vor gebe

es keine gesetzliche Grundlage, um solche Umgehungsaktionen zu verhindern.

Die Stadt Backnang lobt die Bezahlkarte: Deren Einführung bringe Vorteile mit sich. „Sie vereinfacht Verwaltungsabläufe, reduziert den Bargeldverkehr, erhöht die Transparenz und trägt zur Entlastung der Verwaltung bei“, sagt Schuler, ohne konkrete Beispiele zu den Vorgängen zu nennen.

Auf eine Presseanfrage stellte die Ortsgruppe der Awo jedoch klar, dass es sich bei der Gutscheinkarte um „keine Aktion der Awo“ gehandelt habe. Die Initiatoren hätten lediglich die Räume der Awo genutzt. Wie es dazu kam, beantwortete der Vorstand nicht. Es habe jedoch „produktive Gespräche“ mit dem Landratsamt gegeben, bei denen man einen genaueren Einblick in interne Abläufe bekommen habe. „Im Rahmen unserer öffentlichen Kritik und politischen Einwirkens konnten wir zudem auf konkrete Verbesserungen hinwirken, etwa was die Akzeptanz der Karte zur Zahlung betrifft“, schreibt der Awo-Vorstand dazu.

Abschließend betrachte man die Karte weiterhin als „nicht zweckmäßig und stigmatisierend“. Ein eigenes Bankkonto halte man für die beste Lösung. Die Frage, ob die Umtauschaktionen weiterhin stattfinden, blieb vonseiten der Awo unbeantwortet.